

worden war. Gleichzeitig wurden in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die kleineren jüdischen Friedhöfe in den Vororten Weisenau und Bretzenheim geschlossen. Baum und Strauch haben diese alten Friedhöfe überwuchert zumal in den Jahren der Verfolgung auch nicht die kleinsten Unterhaltungsarbeiten vorgenommen werden konnten. Die Umzäunung, die im Krieg abgebrochen wurde, soll nun nach und nach wieder instand gesetzt werden, um dem weiteren Verfall durch Mißbrauch des Ortes Einhalt zu gebieten. Sowohl der Oberbürgermeister von Mainz, Franz Stein, wie der Bezirksdelegierte von Rheinhessen, Mr. Chauchoy, überzeugten sich an Ort und Stelle von der Dringlichkeit dieser Aufgabe.

Aber auch auf dem neuen jüdischen Friedhof hat die jüngste Vergangenheit noch ihre Spuren hinterlassen. Schändungen und Plünderungen in der Nazizeit verschonten auch diesen Ort der letzten Ruhe nicht. Grabsteine waren umgeworfen, Grabinschriften zerstört, Bronzetafeln und Bronzeschmuck gestohlen. Da die jüdische Gemeinde selbst ohne jede Mittel war, hat es die Stadtverwaltung Mainz nach dem Kriege übernommen, den jüdischen Friedhof wieder in den heutigen würdigen Zustand zu versetzen, die Umzäunung wieder herzustellen und die schlimmsten Schäden zu beseitigen. Mit Verordnung vom 28. März 1947 hat der damalige Innenminister von Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan, alle Regierungspräsidenten auf die pietätvolle Pflege jüdischer Grabstätten hingewiesen. „Ich ordne hiermit an“, so schrieb Minister Steffan, „daß die Instandsetzung der durch das Naziregime verunstalteten und geschändeten jüdischen Friedhöfe, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich zu erfolgen hat in einer Weise, die der Würde und Heiligkeit des Ortes entspricht. Sofern die jüdischen Gemeinden zur Kostentragung außerstande sind, gehen die Kosten zu Lasten der Gemeinde. Auf diese Weise trägt die Allgemeinheit einen sichtbaren Beitrag zur Wiedergutmachung mißachteter Toleranz, die in der Vergangenheit gegenüber dem jüdischen Volksteil nicht durch die gebotene Rücksichtnahme auf die Gefühle des Anstandes der Menschlichkeit, Pietät und guten Sitten bestimmt war.“

Die Stadt Mainz hatte schon vor diesem Erlaß mit der Wiederherstellung der jüdischen Friedhofsanlagen begonnen. Sie hat diese Arbeiten in den vergangenen Jahren weiter fortgeführt und im laufenden Etat die Gesamtkosten der personellen und sachlichen Ausgaben in den Haushalt der Hauptfriedhofsverwaltung übernommen. Neben dem Friedhofsverwalter Jakob Stock, der bereits in den schwersten Jahren der Verfolgung die Pflege des Friedhofs übernommen hatte, sind ständig ein Gärtner und ein Hilfsarbeiter auf dem jüdischen Friedhof beschäftigt. Bei Bedarf werden außerdem Totengräber und Reinigungskolonnen zur Verfügung gestellt. Die letzten Instandsetzungsarbeiten, die noch am gut erhaltenen Totenhaus durch Verglasung der Fenster vorgenommen werden müssen, sind im neuen Etat vorgesehen.

Die Jüdische Gemeinde zählte vor 1933 etwa 3500 Mitglieder. Sämtliche Männer, Frauen und Kinder, soweit sie nicht ins Ausland entkommen konnten, starben in den Gefängnissen, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Nur sechzehn Juden haben die Schreckensjahre überstanden und sind zurückgekehrt. In Mainz leben heute 53 Juden und in ganz Rheinhessen nur noch 76 jüdische Männer und Frauen. 28 Gemeindeglieder haben den Foltern und Schrecken des Dritten Reiches den Freitod vorgezogen. Auch sie liegen hier begraben, oft ohne Grabumrandung und ohne Stein. Nur ein Holzschild kündigt noch ihre Namen, mancher bekannter Mainzer Bürger, einst angesehen und geachtet, liegt hier im letzten Schlaf. Manche junge hoffnungsvolle Begabung wurde in der Blüte ihres Lebens ermordet. Von 72 weiteren Männern und Frauen sind die Urnen mit ihrer Asche in die Erde beigesetzt. Still und ohne Beistand mußten die Opfer beigesetzt werden. Unsagbare Trauer und Wehmut wird für immer über diesem schicksalsschweren Ort ruhen, so lange Menschen sich der Ermordeten erinnern.

Zu Ehren der Opfer hat die Jüdische Gemeinde in Mainz im September 1948 ein Mahnmal am Eingang des Friedhofs errichten lassen, das die Inschrift trägt:

Unseren Opfern zum Gedenken
Den Mördern zur Schande
Den Lebenden zur Mahnung.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 5, [Düsseldorf, 26. Mai 1950] 7, S. 5)

8f) McCloy zur Wiedergutmachung

Anläßlich der Rede des amerikanischen Hochkommissars, John J. McCloy zur Eröffnung des Amerikahauses in Hannover am 22. 5. 1950 über die amerikanischen Ziele in Deutschland, erinnerte der Hohe Kommissar u. a. an die Naziverfolgung der Juden als eine der schwersten Ungerechtigkeiten in der Geschichte der Neuzeit und sagte zum Thema Wiedergutmachung:

„Das deutsche Volk und seine politischen Führer können aus eigenem Entschluß viel tun, um zu beweisen, daß sie die Haltung und Freundschaft anderer Völker anerkennen. Die anderen Völker und — davon bin ich überzeugt — auch alle rechtschaffen denkenden Deutschen, wissen, daß eine der schwersten Ungerechtigkeiten in der Geschichte der Neuzeit leider auf deutschem Boden stattfand: die Naziverfolgung der Juden und all derer, die Widerstand zu leisten wagten. Den Toten kann niemand mehr helfen. Aber eine rasche und großzügige Wiedergutmachung, die den Verfolgten ihr rechtmäßiges Eigentum zurückgibt, könnte den guten Willen des deutschen Volkes beweisen. Es sollte nicht notwendig sein, daß von alliierter Seite ständig an die Durchführung dieser Wiedergutmachung gemahnt wird. Sie ist eine Verpflichtung, mehr moralischer als wirtschaftlicher Art, die das deutsche Volk erfüllen muß. Der Geist und die Schnelligkeit, mit der es ihr nachkommt, wird in beträchtlichem Ausmaße die Haltung der anderen Völker beeinflussen... Noch wichtiger ist jedoch, daß die Wiedergutmachung die moralische Entwicklung des neuen Deutschland kennzeichnen wird.“

(Aus: „Die Neue Zeitung“, 23. 5. 1950)

8g) Arbeitsplätze für Verfolgte

Dr. Philipp Auerbacher schreibt in der „Allgemeinen Wochenzeitung“ (31. 3. 1950) über die Lage der politisch und rassistisch Verfolgten unter anderem folgendes:

„Ein Teil der Verfolgten hat sich nach dem Kriegsende ins kaufmännische Leben einfügen können, aber der weitaus größere Teil konnte es nicht. Ein sehr großer Teil der politisch und rassistisch Verfolgten, gerade die treuesten Kameraden aus dem Arbeiterstand, mußten feststellen, daß sie infolge der Mißhandlungen nicht mehr in der Lage waren, als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt zu werden, so daß diese zum weitaus größten Teil die große Zahl der Arbeitslosen in den politisch und rassistisch verfolgten Kreisen darstellen. Ich habe in einem Vortrag vor dem Ausschuß für Beamtenrecht des Deutschen Bundestages die Forderung erhoben, daß man in der gleichen Weise wie für die Schwerbeschädigten auch für die rassistisch und politisch verfolgten Angestellten, Arbeiter und Beamten des öffentlichen Dienstes sorgen sollte, indem man einen Prozentsatz von Menschen, die ihre Charakterstärke in den zwölf Jahren der Hitlerzeit unter Beweis gestellt haben, dort einsetzt, wo es manchmal mehr darauf ankommt, den Charakter zu beweisen, als die Routine eines langjährigen Beamtenmenschen.“

Es ist zu begrüßen, wenn im Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts die Wiederherstellung des früheren Rechts gefordert wird und in § 32 ausdrücklich auf die Aufnahme der früheren Tätigkeit hingewiesen wird. Neben der materiellen Wiedergutmachung gibt es die moralische, und im Namen dieser moralischen Wiedergutmachung haben wir ein Recht zu fordern: „Sorgt dafür, daß, bei gleichen Kenntnissen und Arbeitsfreudigkeit, politisch und rassistisch verfolgte Menschen sich durch ihre Arbeit und ihren Fleiß behaupten können und daß sie dem Staat und auch der Privatwirtschaft die Gewähr geben können, ihre Charakterfestigkeit von einst auch heute unter Beweis zu stellen.“

8h) Wille zu praktischer Arbeit

Studentische Jugend Berlins spricht zu den Juden Berlins

Die „Allgemeine Wochenzeitung“ gibt die folgenden zwei Briefe evangelischer Berliner Studenten wieder und bemerkt dazu:

„Daß die jungen Menschen der Berliner Universitäten

einem inneren Bedürfnis folgend einen Versuch unternehmen, den tiefen Abgrund der Trauer, Angst und des Mißtrauens zu überbrücken, der uns von dem deutschen Volk trennt, macht ihnen hohe Ehre. . . . Den Studenten ging es nicht um eine schöne Geste, sie wollen praktisch helfen und arbeiten. Sie sehen in ihrem Brief nur einen Anfang.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Die Evangelische Studentengemeinde an der Technischen Universität Berlin möchte der Jüdischen Gemeinde in Berlin sagen, daß sie sich hinter die Erklärung der deutschen evangelischen Synode in Berlin-Weißensee vom 27. April 1950 stellt.

Wir möchten versuchen, die Verantwortung zu tragen, die durch die Vergangenheit auch auf uns gefallen ist, und unseren Willen durch folgende praktische Vorschläge zum Ausdruck bringen:

1. Wenn wieder Friedhofsschändungen vorkommen, werden einige unserer Kommilitonen bei der Wiederherstellung helfen. Bitte teilen Sie uns mit, wo wir uns in solchen Fällen zu melden haben.

2. Unser studentischer Chor würde gern im jüdischen Krankenhaus singen.

3. Wir möchten diesem oder jenem jüdischen Kommilitonen materielle Unterstützung zukommen lassen und bitten Sie, uns einen oder mehrere Studenten an der Technischen Universität, der Hochschule für Musik oder der Hochschule für bildende Künste zu nennen.

In der Hoffnung, daß Sie diese geringen Vorschläge annehmen können, bitten wir Sie freundlichst um Nachricht und um Anregungen für bessere Pläne.

gez. Lehrecke, 1. Vertrauensstudent

gez. Temming, 1. Vertrauensstudentin.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Wir evangelischen Studenten der Humboldt-Universität haben uns in diesem Jahr mit dem Römerbrief beschäftigt. Beim Lesen der Kapitel 9—11 mußten wir uns eingestehen, daß unser Verhalten den Juden gegenüber bisher sehr passiv gewesen ist und unserer Ablehnung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht Rechnung getragen hat. Das Wort, das die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage Israel ergehen ließ, ermutigte uns in unserem Vorsatz, etwas zu tun.

Wir wenden uns nun an Sie mit der Bitte, uns die Möglichkeit zu geben, etwas zu verwirklichen. Könnten wir vielleicht einen im Ostsektor wohnenden Studenten aus Ihrer Gemeinde, der sich in Not befindet, in irgendeiner Weise unterstützen? Im Falle neuer Grabschändungen auf Ihren Friedhöfen bitten wir Sie, uns davon in Kenntnis zu setzen, damit wir die Instandsetzung übernehmen oder doch dabei mithelfen.

Es würde uns freuen, wenn Sie unser Anliegen recht aufnehmen, als einen kleinen Versuch, begangenes Unrecht wieder gutzumachen und einen Weg zueinander zu finden. Es grüßt Sie

Die Evangelische Studentengemeinde an der Humboldt-Universität:

gez. Harm; Fritze.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 5 [Düsseldorf, 7. 7. 50] 13, S. 12)

8j) Die Deutsche Presse-Agentur zum Antisemitismus

Die Deutsche Presse-Agentur Hamburg erließ vom 15. April 1950 das folgende Schreiben:

In zunehmendem Umfang haben wir im Rahmen unseres Nachrichtendienstes leider darüber zu berichten, daß antisemitische Kundgebungen stattgefunden haben oder Äußerungen getan wurden, die geeignet sind, diese furchtbarste Seuche weiter zu verbreiten, die die abendländische Kultur vernichten muß, wenn sie die Herrschaft gewinnt. Ich bitte alle Redakteure und Mitarbeiter der dpa, auf das peinlichste darauf zu achten, daß jede Nachricht und jeder Bericht, der eine antisemitische Kundgebung wiedergibt, unter allen Umständen so abgefaßt werden, daß die Tatsache der Berichterstattung klar und unzweideutig zu erkennen ist, so daß nicht uns — der dpa — solche Kundgebungen unterschoben werden können, über die wir pflichtgemäß melden.

So sehr wir darauf bedacht sein und bleiben wollen, genau zu berichten und nichts zu verschweigen, was im Interesse der objektiven Unterrichtung der Öffentlichkeit ausgesagt werden muß, so sehr wollen wir doch im Einzelfall prüfen, ob es nicht besser ist, die eine oder andere antisemitische Kundgebung nicht zu melden. Ich weiß, daß eine solche Anregung dem Vorwurf ausgesetzt sein kann, wir beachteten, den Kopf in den Sand zu stecken oder gar eine unheilvolle Entwicklung zu verbergen. Das darf niemals das Motiv sein, wenn wir uns nach Abwägen aller Umstände im besonderen Fall sagen, es sei nicht wichtig genug, nicht zur objektiven Darstellung nötig, über diese oder jene Äußerung zu berichten. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, daß jeder Bericht dieser Art unzufriedene, ungebildete, unmoralische und verbrecherische Menschen zu ähnlichen Demonstrationen des Widerspruches aufreizt.

Ganz besonders mache ich es aber allen Redakteuren der dpa zur Pflicht, bei den von uns bearbeiteten Nachrichten und Beiträgen aller Art in allen Diensten genauestens darauf zu achten, daß wir jede antisemitisch zu deutende Wendung vermeiden. Es gibt keinen „jüdischen Dieb“, wie es auch keinen „polnischen Mörder“ oder „germanischen Banditen“ oder „deutschen Verbrecher“ oder welche Verbindung sonst möglich ist, gibt. Es gibt in allen Völkern und Rassen asoziale Elemente und Außenseiter, und das Hinzufügen des „jüdischen“ ist völlig sinnlos, aber tendenziös. Wer etwa von „jüdischen Schwarzhändlern“ spricht, wenn unter einer Gruppe verhafteter Schwarzhändler auch einige Juden waren, der verstößt bereits gegen die Pflicht zu wahrhafter Berichterstattung und muß schon aus diesem Grunde eine Zurechtweisung erwarten. Da ich aber unter keinen Umständen auch nur die leiseste antisemitische Bemerkung oder Haltung bei einem Angehörigen der Redaktion der dpa dulden werde, weil sie der Moral, dem Berufsethos des Journalisten, dem Statut der Deutschen Presse-Agentur und dem Grundgesetz der Bundesrepublik widersprechen würde, hat jeder Angehörige der dpa in jedem Falle einer auch nur fahrlässigen antisemitischen Äußerung damit zu rechnen, daß ich seine sofortige fristlose Entlassung verlangen werde. Ich bin sicher, daß wir in unserer Redaktion weder in der Zentrale noch in den dreißig Außenbüros oder unter den zwölf Korrespondenten der dpa im Ausland, noch unter unseren freien Mitarbeitern Journalisten haben, die dieser Mahnung bedürfen. Leider zeigen aber Ereignisse, über die wir laufend berichten (Harlan-Prozeß in Hamburg etwa), daß der Antisemitismus uns sich greift. Ich wollte sie aufmerksam machen, daß Sie sich selbst gegen das schleichende Gift wehren können. Wer immer aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus zugreift, wird sicher sein können, daß er von der dpa deswegen nicht behindert werden wird.

Mit kollegialem Gruß!

gez. Fritz Säger, Chefredakteur.

8k) Die Juden in Norwegen

Die norwegische Regierung hat als Sympathiebeweis für das jüdische Volk 1947 500 jüdische Flüchtlinge aufgefordert, sich in Norwegen niederzulassen. Dies geschah, nachdem durch Krieg und die nationalsozialistische Besetzung 1000 norwegische Juden ermordet waren und die jüdische Gemeinschaft zerstört war. Nach der Befreiung waren 500 Juden nach Norwegen zurückgekehrt. „Der Weg“ berichtet hierzu:

„... Jedoch fanden die meisten von ihnen weder Familie noch ihr Eigentum vor. Das neue Leben für sie war nicht einfach, denn die Bedingungen waren beträchtlich geändert. Die Nazis und Quislinge hatten ihre Arbeit gut getan, und der Antisemitismus war wieder im Entstehen. Aber sowohl die Regierung als auch die Intellektuellen des Landes leisteten den Juden wirklichen Beistand. Nach und nach wurden die Gemeindeaktivitäten wieder aufgenommen, wobei die erste Aufgabe die Wiederbelebung des religiösen Lebens war. Gemeindesteuern wurden zu diesem Zweck von 2 auf 3% der Einkommensteuer jedes einzelnen Mitglieds erhöht und schließlich waren Synagogen das Gemeindezentrum, Kinderheime und andere Institutionen wieder hergestellt. Es war ein glücklicher